

Politische Bildungsarbeit mit Erwachsenen

In einem demokratischen Staat ist politische Bildungsarbeit eine permanente öffentliche Aufgabe. Bedingungen, Dimensionen und Wesen der Demokratie müssen immer wieder ausgelotet, erweitert, erlernt und verinnerlicht werden. Wir verstehen politische Bildung als angeleitete und institutionalisierte Möglichkeit der Reflexion über das Politische, um kritisches Bewusstsein, selbstständige Urteilsfähigkeit und politische Mitgestaltung zu fördern. Gezielt in Gang gesetzte Reflexionsprozesse über Politik und Gesellschaft können individuelle und strukturelle Veränderungspotenziale verstärken, Handlungsoptionen eröffnen und konkrete Interventionen ermöglichen.

Reflexionsräume schaffen

Der Tendenz der Fragmentierung, Funktionalisierung und Ökonomisierung aller Lebensbereiche sowie dem Rückzug aus den öffentlichen Räumen sollen Lernforen entgegengestellt werden, wo sich Individuen und Gruppen über die gesellschaftlich relevanten Fragen und Probleme verständigen und Wissen und Kompetenzen erwerben können. Persönlichkeitsentwicklung und Gesellschaftsentwicklung sind aufeinander bezogene Teile eines Bildungskonzepts, dessen Ziele Partizipationsfähigkeit, Entwicklung politischer Einstellungen sowie Erwerb von Kenntnissen über politische Abläufe und Prozesse sind.

Emanzipatorische Bildung

Emanzipatorische politische Bildung stellt Menschen, Strukturen und Prozesse in den Mittelpunkt ihres Interesses. Die Erkenntnis- und Themenfelder der Bildungsarbeit sind Lernmöglichkeiten zur Veränderung von Denken, Fühlen und Handeln. Politische Bildungsarbeit soll einen Beitrag leisten zur Förderung von Autonomie, Selbstorganisation, Konfliktfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein. Dabei ist die Ausgewogenheit zwischen Wissensvermittlung und Entwicklung sozialer Kompetenzen wesentlich. Politische Bildung soll einerseits Demokratie stärken, darf aber andererseits kein Stabilisierungsfaktor des Bestehenden sein. Vor allem geht es um das Erkennen gesellschaftlicher Machtstrukturen und um das Aufzeigen der strukturellen Diskriminierung von Individuen und Gruppen. Es gilt auch, die Zivilgesellschaft zu stärken.

Angesichts wachsender populistischer Bewegungen und vorurteilsvoller Ideologien wächst der Bedarf an politischer Bildungsarbeit. Politische Bildung ergreift Partei für die Menschenrechte und für die soziale Rechtsstaatlichkeit. Somit ist politische Bildung per se politisches Handeln.

Staatsbürgerliche Bildung

In der Erwachsenenbildung demokratischer Gesellschaften hat Politische Bildung als zweckfreie, allgemeine „staatsbürgerliche Bildung“ (*citizenship* oder *civic education*) einen hohen Stellenwert. Gerade die heutigen wirtschaftlichen, sozialen und technischen Veränderungsprozesse führen u.a. zu einer zunehmenden Verunsicherung der Menschen angesichts der unüberschaubaren und zeitgleich angebotenen Fülle von Daten, Fakten und Informationen: „Der einzelne entwickelt sich zum Informationsriesen, bleibt aber ein Bildungszwerg. Denn innerlich hat sich parallel ein gewaltiger Wertewandel vollzogen, der gleichsam Voraussetzung zur Beschleunigung dieses Prozesses war und nun im Ergebnis selbst von dieser multimedialen Flut befördert wird: Individualismus, Egoismus, Entsolidarisierung, Auflösung von generationsübergreifenden Wertmaßstäben (...)

bedingungslose Konsumorientierung und -haltung sind Stichworte, die diesen Prozess beschreiben. Die damit einhergehende Pluralisierung der Gesellschaft mündet in eine wachsende Ablehnung dauerhafter Bindungen (in den individuellen Beziehungen genauso wie in Parteien, Verbänden, Kirchen usw.) und einer ausgeprägten Distanz zu der Welt der Politik (z.B. Wahlverhalten). Wenn auch diese Distanz zu spezifischen Formen der Politik und Parteienwelt nicht mit politischem Desinteresse überhaupt verwechselt werden darf, so ist sie dennoch eine Herausforderung für die politische Bildung.“ (Münchener Manifest 1997, S.1)

In Deutschland nimmt in diesem Sinn seit 1952 eine öffentliche Institution auf Bundes- und Länderebene die Aufgabe der politischen Bildung für Erwachsene und Jugendliche wahr: die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung. Sie können modellhaft stehen, für die Bemühung, politische Bildung für alle als öffentlichen Auftrag zu betreiben. Das Münchener Manifest der Landeszentralen für politische Bildung von 1997 bringt diesen Auftrag in immer noch gültiger Form auf den Punkt.

Landeszentralen für politische Bildung der Bundesrepublik Deutschland (1997): Das Münchener Manifest der Landeszentralen für politische Bildung vom 26. Mai 1997 „Demokratie braucht politische Bildung“, <http://www.politische-bildung.nrw.de/wir/ueberuns/arbeitsgrundlagen/muenchermanifest/index.html>

Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: www.lpb-bw.de

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit: www.blz.de;

Europarat, Europarats-Charta zur politischen Bildung und Menschenrechtsbildung 2010/7 http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/Source/Charter/EDC_Charter_DE.pdf